

Nun liegt das chinesische Übernahmeangebot für Kuka vor

Eine nationale Lösung?

Heftiger Streit über Kuka im Landtag

VON ULI BACHMEIER

München Die Debatte um die Zukunft des Augsburger Roboterherstellers Kuka hat gestern im Wirtschaftsausschuss des Landtags einen scharfen Streit ausgelöst. Im Mittelpunkt standen die schwäbischen Abgeordneten Bernhard Pohl und Johann Häusler (beide Freie Wähler). Sie hatten in einem Antrag eine „nationale Lösung“ gefordert. Die Staatsregierung, so lautete ihre Begründung, dürfe „nicht tatenlos zusehen, wie ein für den Wirtschaftsstandort Bayern so bedeutsames Unternehmen durch chinesische Investoren übernommen wird“. Die Abgeordneten von CSU, SPD und Grünen wiesen diese Forderung in seltener Einmütigkeit und sehr entschieden zurück. Eine „gelbe Gefahr“ an die Wand zu malen, so hielten sie Pohl entgegen, schrecke Investoren ab, schade dem Wirtschaftsstandort Bayern und gefährde letztlich Arbeitsplätze.

Pohl, der nicht Mitglied des Wirtschaftsausschusses ist, war eigens in die Sitzung gekommen, um seinen Antrag zu begründen. Es müsse verhindert werden, so sagte er, dass Schlüsseltechnologien aus Bayern abwanderten. Die Staatsregierung habe „die Dramatik“ nicht erkannt. Er beobachte mit Sorge, dass Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) eine mögliche Übernahme des Unternehmens „doch sehr gelassen zu sehen scheint“. Die Staatsregierung müsse eine „Moderatorenrolle“ übernehmen.

Bei den anderen Fraktionen stieß vor allem die Forderung nach einer „nationalen Lösung“ auf Widerspruch. Pohls Darstellung einer „chinesischen Gefahr“, so sagte Harald Schwartz (CSU), „geht ganz offensichtlich zu weit“. Der Antrag der Freien Wähler sei „pathetisch“ und lasse außer Acht, dass es für eine nationale Lösung keine rechtliche Handhabe gebe. „Am Schluss ist es keine Entscheidung, die die Politik zu treffen hat“, sagte Schwartz.

Der Grünen-Abgeordnete Martin Stimpfing nannte den Antrag der Freien Wähler sogar „streng deutschnational“. Eine Beteiligung des chinesischen Investors habe „durchaus auch Zukunftschancen“. Bernhard Roos (SPD) wies darauf hin, dass es vor allem darauf ankomme, was eine Übernahme für die Arbeitnehmer bedeute. Hier sei das Angebot aus China vertrauenswürdiger als manche „Heuschrecken angelsächsischer Provenienz“. Als Pohl nicht lockerließ, kam es zu heftigen Wortgefechten. Klaus Holetschek (CSU) nannte es „fast schon unerträglich, was hier abgezogen wird“. Markus Blume (CSU) spotete, die Freien bräuchten Nachhilfe in sozialer Marktwirtschaft.

Statt des Antrags der Freien Wähler wurde schließlich ein CSU-Antrag einstimmig angenommen. Tenor: Die Staatsregierung solle die Übernahme kritisch begleiten und darauf achten, „dass es nicht zu einer Abwanderung von bayerischen Schlüsseltechnologien und Know-how im Bereich Robotik kommt“.



Nun hat Midea ein Übernahmeangebot für Kuka vorgelegt. Foto: dpa

Die Angst vor dem gefräßigen Drachen

Interview Sind die Chinesen als Investoren wirklich so gefährlich? Stefan Söhn berät seit Jahren Unternehmen, die in Asien Fuß fassen wollen. Warum er sich um den Augsburger Roboterbauer Kuka wenig Sorgen macht

Herr Söhn, Sie beraten Unternehmen, die sich in China engagieren wollen, und chinesische Firmen, die in Deutschland Fuß fassen möchten. Der chinesische Haushaltsgerätehersteller Midea will bei Kuka groß einsteigen und stößt hierzulande nicht nur auf offene Türen. Gerade in der Politik wird die Sorge laut, dass die Chinesen nur das Know-how des Augsburger Roboterbauers abziehen möchten. Wie berechnigt ist diese Angst aus Ihrer Sicht?

Söhn: Man darf sicher nicht blauäugig sein, ich halte die Gefahr aber für maßlos überschätzt. Und ich sehe im Übrigen auch keine Möglichkeit, rechtlich dagegen einzuschreiten – etwa mithilfe des Außenwirtschaftsgesetzes. Wenn man die Gefahr real sähe, hätte man schon viel früher einschreiten müssen: Die deutschen Automobilhersteller, die angeblich nun auch Angst vor einem stärkeren chinesischen Engagement bei Kuka haben, sich aber nicht aus der Deckung trauen, produzieren seit über 25 Jahren in ihren Joint Ventures Seite an Seite mit ihren chinesischen Partnern – unter anderem auch mit Robotern von Kuka. Dennoch gibt es bisher keinen chinesischen Roboter, der mit jenen von Kuka ernsthaft konkurrieren könnte, noch ha-

„In der Regel halten Chinesen, was sie versprechen. Diese Erfahrung haben wir.“

Chinaexperte Stefan Söhn



ben die Chinesen bisher ein einziges wettbewerbsfähiges Auto auf den Weltmarkt gebracht.

Also sind die Sorgen um den Technologieabzug bei Kuka übertrieben?

Söhn: Ja, das glaube ich schon. Denn so leicht lässt sich Know-how nicht mitnehmen. Bei Kuka etwa spielt ja nicht die Mechanik die tragende Rolle, sondern die Steuerung, die Software der Roboter, und an die kommt man nicht so leicht heran.

Woher kommt Ihrer Meinung nach diese Abwehr gegen die Chinesen?

Söhn: Die Eruption jetzt bei Kuka hat mich verwundert. Schließlich waren es in diesem Jahr schon über 25 deutsche Unternehmen, in die chinesische Investoren eingestiegen sind. Gut, Kuka nimmt eine Schlüsselrolle bei der Zukunftstechnologie Industrie 4.0 ein, das Unternehmen ist ein deutsches Aushängeschild. Doch mit der gleichen Skepsis müsste man auch amerikanischen, japanischen oder russischen Investoren gegenüber treten. Im Übrigen investieren beispielsweise die Amerikaner



Die Angst vor dem vermeintlich gefräßigen chinesischen Drachen sitzt tief. Das vermutet der China-Experte Stefan Söhn. Er glaubt, die Gefahr eines chinesischen Einstiegs bei Kuka werde überschätzt. Foto: obs/Euler Hermes Deutschland/Allianz, dpa

um ein Vielfaches mehr in Deutschland als die Chinesen. Also ich halte diese Abwehrversuche gegen die Chinesen bei Kuka für überzogen und auch für protektionistisch.

Den Chinesen eilt aber auch ein schlechter Ruf voraus. Erst vor ein paar Tagen, bei der China-Reise der Bundeskanzlerin, beklagten sich europäische Unternehmen, dass sie in China mit unfairen Spielregeln zu kämpfen haben.

Söhn: Dass dieses Umfrageergebnis ausgerechnet jetzt publik wurde, hat mich stutzig gemacht. Ob dies nicht politisch instrumentalisiert wurde? Mit meinen langjährigen Erfahrungen in China deckt sich diese Kritik nicht. Natürlich gibt es vor Ort Beschränkungen. Es gibt Probleme mit der Freiheit des Internets und die Verpflichtung zu Joint Ventures ist eine Beschränkung. Und diese Beschränkungen müssen wegfallen, worauf die Kanzlerin jetzt gerade erst wieder gedrängt hat. Aber das ist alles nicht neu.

Problematisch ist ja auch, dass China jetzt von der EU den Status einer Marktwirtschaft einfordert, obwohl davon ja keine Rede sein kann.

Söhn: China wird aus meiner Sicht diesen Status auch nicht komplett erhalten. Aber vielleicht gibt es einen Kompromiss. Etwa in der Form, dass bestimmte Branchen wie der Stahl- oder Solarbereich, wo China sehr stark und billig exportiert, davon ausgenommen werden oder mit

Sonderregelungen versehen werden. Den schon vorhergesagten Handelskrieg sehe ich jedenfalls nicht.

Vor allem steht China im Verdacht, Produkte zu kopieren und es mit dem Patentschutz nicht ernst zu nehmen.

Söhn: Das ist immer noch so, aber hier bewegt sich viel. Denn die chinesischen Unternehmen erkennen mittlerweile selbst, welchen Wert der Patent- und Markenschutz hat. Auch kann man immer besser in China gegen Patentverstöße rechtlich vorgehen. Sie müssen sehen: China entwickelt sich weg von der billigen Werkbank hin zu einer qualitativ volleren Produktion. Das Ziel „Made in China 2025“ ist ein Programm, das an das Label „Made in Germany“ angelehnt ist, und dafür werden die Chinesen auch Markenschutz in Anspruch nehmen.

Und daher gehen die Chinesen auf Einkaufstour und steigen in viele deutsche Unternehmen ein.

Söhn: Was diesen Unternehmen in der Regel nicht schadet, ganz im Gegenteil. Wir haben hier langjährige Erfahrungen: Chinesische Investoren belassen in der Regel das Management des Unternehmens und geben eine Arbeitsplatz- sowie eine Standortgarantie. Außerdem sind sie ein Türöffner für den chinesischen Markt. Dagegen stülpen übrigens amerikanische Investoren oft das ganze Unternehmen um, senken drastisch die Kosten, bauen Jobs ab und stehen auch hin und wieder im

Verdacht, Industriespionage zu betreiben. Aber wenn ein US-Investor kommt, regt sich meist niemand auf.

Woher also kommt Ihrer Meinung nach die Angst vor China?

Söhn: Ich vermute, das ist psychologisch zu begründen: Die Angst vor der roten Gefahr und dem vermeintlich gefräßigen roten Drachen sitzt noch tief. Auch bereitet die Entwicklung dieses riesigen Landes manchem Sorge. Schließlich ist China nicht nur ein riesiger Markt für hiesige Unternehmen, sondern dort wachsen auch zahlreiche starke Wettbewerber heran.

Die Mitarbeiter von Kuka müssen sich also bei einer Übernahme von Midea nicht sorgen?

Söhn: Ich denke nicht. Midea hat an sein Angebot eine ganze Reihe von Zusagen geknüpft, unter anderem eine Standort- und Arbeitsplatzgarantie, wovon auch die Mitarbeiter profitieren. Und in der Regel halten Chinesen, was sie versprechen. Diese Erfahrung haben wir.

Kuka ist ja schon am chinesischen Markt aktiv. Bringt der Einstieg von Midea dennoch noch Vorteile?

Söhn: Ja, das glaube ich schon. Es stimmt zwar, dass Kuka in China schon sehr gut etabliert ist. Aber es bestehen meiner Einschätzung nach noch erhebliche Wachstumsmöglichkeiten. Schließlich ist die Automation einer der Bereiche, die China am meisten braucht. Die Automation ist

der Treiber schlechthin. Denn man hat nicht nur gemerkt, dass Qualität gerade bei sich wiederholenden Arbeitsschritten nur durch Roboter garantiert werden kann. Auch hat China das Problem, dass die Personalkosten permanent steigen und in einer alternden Bevölkerung nicht immer die nötigen Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Sie beraten Unternehmen, die nach China möchten. Welche Firmen streben denn noch nach Asien?

Söhn: Das hat sich gewandelt: Wer vom chinesischen Markt profitieren kann, ist in der Regel bereits dort. Heute beraten wir vor allem chinesische Unternehmen, die entweder in den USA oder hierzulande Fuß fassen möchten.

Und für welche Branchen interessieren sich Chinesen noch außer für Roboter?

Söhn: Die Automation steht ganz oben auf der Wunschliste. Aber auch das Thema Elektromobilität und erneuerbare Energien – um nur einige zu nennen – sind für chinesische Unternehmen sehr interessant.

Und genügend Geld ist in China für die Einkaufstour vorhanden, weil die staatlichen Banken nachschießen?

Söhn: Damit kein falscher Eindruck entsteht: Mittlerweile sind sehr viele private Investoren auf Einkaufstour. Allerdings unterstützt der Staat über seine staatlichen Banken – soweit erforderlich – die Finanzierung von Transaktionen. Die chinesische Staatskasse ist mit 3,5 Billionen Dollar übervoll. Und das Tempo der Übernahmen durch chinesische Investoren wird zunehmen.

Interview: Daniela Hungbaur

Veranstaltung „China im Wandel“ heißt die Veranstaltung am Montag, 11. Juli, 18 Uhr, im Medienfoyer der Augsburger Allgemeinen in Augsburg. Im Rahmen der Veranstaltung wird Reinhard Bütikofer, Ko-Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei (EGP) und stellvertretender Vorsitzender der China-Delegation des Europäischen Parlaments, der Frage nachgehen: Soll die EU China den Marktwirtschaftsstatus verleihen? Um eine Anmeldung wird bis 1. Juli unter augsburg@rlbooe.de gebeten.

Zur Person

Der promovierte Jurist und Betriebswirt Stefan Söhn berät als Partner und Geschäftsführer der MBL China Consulting GmbH Unternehmen, die in Asien aktiv werden wollen, aber auch asiatische Firmen, die sich in Deutschland oder den USA engagieren wollen. MBL hat Büros in Augsburg, Chicago und Peking.

Jetzt müssen sich die Kuka-Aktionäre entscheiden

Übernahme Doch ein Gegenangebot wäre weiter möglich. Warum sich viele Blicke nun auf Voith richten

VON DANIELA HUNGBAUR

Augsburg Die Arbeitsplätze bei Kuka langfristig abzusichern, die Eigenständigkeit des Augsburger Roboterbauers zu bewahren und das Know-how zu schützen – diese Ziele verfolgt nicht nur Kuka-Chef Till Reuter, wenn er nun in die konkreten Verhandlungen mit der chinesischen Firma Midea tritt, die gestern offiziell ihr Angebot vorgelegt hat. Darauf will auch die Gewerkschaft achten. Das betont Michael Leppke, der Chef der Augsburger IG Metall und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Kuka AG. Darüber hinaus müssten Sorgen um die Datensicherheit ernst genommen und entsprechende Vereinbarungen und Vorkehrungen getroffen werden.

Vor allem geht es darum, dies alles nicht nur für die nächsten drei bis fünf Jahre abzusichern. Aus gut informierten Unternehmenskreisen

ist zu hören, dass Kuka sehr langfristige Verträge anstrebt. Jetzt gehe es darum, in den Verhandlungen das Beste für den Standort Augsburg herauszuholen. Rund 3500 Mitarbeiter beschäftigt Kuka allein in Augsburg. Weltweit sind es rund 12.300. Mit dem stärkeren Engagement von Midea könnte Kuka vor allem auch weitere Erfolge in China erzielen. Zwar sind die Augsburger bereits mit über 1000 Mitarbeitern vor Ort. Doch der Marktanteil liege erst bei etwa zwölf bis 14 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland habe Kuka einen Marktanteil von rund 45 Prozent. In China ist also noch viel Luft nach oben. Dort will Kuka die Nummer eins werden, um sich dann auch weltweit an die Spitze vorzuarbeiten.

Doch bleibt es überhaupt bei der Midea-Übernahme? Am Mittwoch kursierten, wie berichtet, Gerüchte, der schweizerische Industriekon-

zern ABB könne doch noch eine Gegenofferte vorlegen. Jedes Angebot werde ergebnisoffen geprüft, heißt es aus Kuka-Kreisen. Zunächst erarbeite man aber eine Stellungnahme zu dem nun offiziell vorliegen-



Bereits auf der Hauptversammlung war das Midea-Angebot Thema. Foto: Wagner

den Midea-Angebot. Diese werde binnen zwei Wochen von Vorstand und Aufsichtsrat vorgelegt. Vier Wochen haben alle Aktionäre von Kuka nun Zeit, das Angebot von Midea anzunehmen. Es bleibt dabei, dass die Chinesen 115 Euro je Kuka-Aktie bieten. Das Augsburger Unternehmen teilt mit, dass es auch bei den angekündigten Zusagen vonseiten der Chinesen bleibe. Demnach will Midea Kuka bei der Umsetzung der bestehenden Strategie unterstützen und das weitere Wachstum fördern. Das geistige Eigentum werde respektiert, Hauptsitz und Belegschaftsstärke erhalten. Auch werde weder ein Beherrschungsvertrag angestrebt noch soll das Automatisierungsunternehmen von der Börse genommen werden.

Doch ist es nun noch denkbar, dass Midea sich mit nur 49 Prozent begnügt? Eine Festlegung ist nicht möglich, heißt es aus Unterneh-

menskreisen. Und wie reagiert der bislang größte deutsche Aktionär, die Voith-Gruppe aus Heidenheim? Sie hält 25,1 Prozent. Dort hält man sich auf Anfrage unserer Zeitung bedeckt: „Wir haben die Veröffentlichung der Angebotsunterlagen zur Kenntnis genommen“, sagt ein Unternehmenssprecher und ergänzt: „Voith wird das Angebot nun eingehend und sorgfältig prüfen.“

IG-Metall-Chef Leppke betont, dass sich durch eine Verschiebung in der Aktionärsstruktur die Beschäftigungsbedingungen oder Mitbestimmungsgrundsätze und -strukturen nicht verändern. Wichtig sei nun, diese Punkte längerfristig abzusichern. Mit Voith, aber auch der Loh-Gruppe sind laut Leppke zwei wichtige Vertreter der deutschen Industrie an Kuka maßgeblich beteiligt. Leppke sagt: „Wir vertrauen auf die Weitsichtigkeit unserer Aktionäre.“